

Hamburger Echo

Preis 15 A

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Erstausgabe täglich, außer an 2. Feiertagen. **Wochenpreis**, im Voraus zahlbar: monatlich 2,50 A, (einmal) 50 A. **Verkaufspreis**, wochentlich 50 A. (einmal) 1,25 A. **Einzelhefte** 10 A. **Abonnement** 1,25 A. **Verkauf** durch den Postboten. **Redaktion**: Altonaer Str. 11, L. Fernbr.: Sommerstr. 65, Altona 1101, Altona. **Verkauf**: Altonaer Str. 11, L. Fernbr.: Sommerstr. 65, Altona 1101. **Druckerei**: Altonaer Str. 11, L. Fernbr.: Sommerstr. 65, Altona 1101. **Verkauf**: Altonaer Str. 11, L. Fernbr.: Sommerstr. 65, Altona 1101.

Einzelhefte 10 A. **Abonnement** 1,25 A. **Verkauf** durch den Postboten. **Redaktion**: Altonaer Str. 11, L. Fernbr.: Sommerstr. 65, Altona 1101. **Verkauf**: Altonaer Str. 11, L. Fernbr.: Sommerstr. 65, Altona 1101. **Druckerei**: Altonaer Str. 11, L. Fernbr.: Sommerstr. 65, Altona 1101. **Verkauf**: Altonaer Str. 11, L. Fernbr.: Sommerstr. 65, Altona 1101.

Nummer 288

Sonntag, 18. Oktober 1930

56. Jahrgang

Erste Redeschlacht im neuen Reichstag

Im Mittelpunkt: Hermann Müllers große Rede / Tobsuchtszenerien bei den Nationalsozialisten
Vizepräsident Stöhr muß Gregor Strasser zur Ordnung rufen / Gottfried Feders Bankkonto

Vor der Entscheidung

Am Freitag hat der Reichstag über das Schicksal der Regierung noch keine Entscheidung gefällt. Zwar haben die meisten Fraktionen ihre Auffassung zur Lage bereits äußern lassen, aber die Debatte wird am Sonntag fortgesetzt, und erst durch den Ausschluß des vorläufig noch ungewissen Ergebnisses der Abstimmung wird sich herausstellen, ob die Regierung Brüning die Möglichkeit zur Fortsetzung ihrer Arbeit erhält.

Neben drei allgemeinen Mißtrauensanträgen gegen die Gesamtregierung Brüning, die von den Kommunisten, den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen gestellt sind, liegt ein besonderer Mißtrauensantrag der Landvolkpartei gegen den Reichsaussenminister Curtius vor. Die Entscheidung über diese Anträge wird die maßgebende sein, obwohl es vielleicht richtiger wäre, sie bei der im Augenblick wichtigsten sachlichen Frage, dem Ueberbrückungskredit und der Schuldenentlastung, zu fassen. Aber so weit ist das parlamentarische System in Deutschland noch nicht entwickelt.

Von der Gewährung des ausländischen Kredits hängt gegenwärtig alles ab, die Unterfütterung der Arbeitslosen, die Auszahlung der Renten, der Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Ist das Geld für diese Zwecke nicht da, ist das Reich zahlungsunfähig, dann wird es neue Arbeitslose geben, dann werden noch mehr Existenzen erschüttert und die Ueberwindung der Wirtschaftskrise wird noch schwieriger, als das ohnedies der Fall ist. Geordnete Finanzen sind die Voraussetzung für Arbeit und Brot der Massen. Daher hat sich die Sozialdemokratie immer für geordnete Finanzen eingesetzt. Sie wird deshalb auch dem Ueberbrückungskredit zustimmen, nicht aus Liebe zur Regierung Brüning, sondern um das deutsche Volk vor weiterer Verelendung zu bewahren. Wenn Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale das Gegenteil tun, so geschieht das nur, weil sie keine Ordnung wollen, weil ihnen daran gelegen ist, das Chaos zu vergrößern, denn nur dann können sie die verhasste Republik, die demokratische Verfassung und die Arbeiterrechte zerstören.

Diese Opfer will die Sozialdemokratie dem deutschen Volke ersparen. Ihr Ziel ist nach wie vor die Ueberwindung der Wirtschaftskrise, der Schutz der sozialen Rechte der unteren Volksschichten, die Erhaltung von Demokratie und Verfassung, die Abwehr der alles zerstörenden Diktatur des Faschismus oder Bolschewismus. Die Sozialdemokratie weiß, daß sich der Vorstoß der Reaktion nicht nur gegen das Reich, sondern auch gegen Preußen richtet. Und sie erinnert sich, daß auch in früheren Jahren durch Preußen das Reich gerettet worden ist.

Wenn die Sozialdemokratie den Mißtrauensanträgen von rechts und links gegen das Kabinett Brüning die Zustimmung verweigert, so ist das weder eine Vertrauensklärung für die Verantwortlichkeiten, die diesem Kabinett angehören, noch eine Zustimmung zu dem angekündigten Finanzprogramm. Viele wichtige Teile dieses Programms werden von der Sozialdemokratie auf das entscheidende bekämpft. Der Lohnabbau ohne einen Preisabbau, die Einstellung der Zuschüsse des Reichs zur Erwerbslosenversicherung, die Abbrockelung des Wohnungsbaus, die Verkaufspolitik gegenüber den Ge-

meinden sind keine Maßnahmen, die die Wirtschaftsgesundung herbeiführen. Aufrechterhaltung der Unterfütterungsleistungen, Streckung der Arbeitsmöglichkeiten, Preisabbau und Kartellabbau, Verminderung der hohen Gehälter und Pensionen und des sonstigen unproduktiven öffentlichen Aufwandes, das muß im Vordergrund stehen. Wenn die Gesetzentwürfe der Regierung erst vorliegen werden, wird die Sozialdemokratie mit allen Kräften den Versuch machen, für ihren Standpunkt eine Mehrheit zu gewinnen.

Das wird auch geschehen bezüglich der Notverordnung und vom Juli, deren Ueberweisung an einen Ausschuß des Reichstags die Regierung zugestimmt hat. Nachdem selbst

Heute wird abgestimmt

Die heutige Aussprache im Reichstag wird verhältnismäßig kurz sein. Dörrich von der Landvolkpartei wird den Regeln eröffnen, die Wirtschaftspartei wird nur eine kurze Erklärung abgeben, und in der zweiten Hälfte wird eine Reihe von Fraktionen sich Zurückhaltung auferlegen, um die Debatte nicht ins Uferlose auszuweiten. Dann ist wahrscheinlich nur noch eine zweite Rede des Kanzlers zu erwarten. Unter diesen Umständen ist die Ansicht, die noch gestern abend im Reichstag zu hören war, daß noch nach der Montag zu Hilfe genommen werden müsse, bereits überholt und mit der Abstimmung ist nun sicher für heute abend zu rechnen.

Sie wird sich wahrscheinlich in der Weise entwickeln, daß zunächst die Ueberweisung der Notverordnungen an den Ausschuß erfolgt und darauf über den sozialdemo-

kratischen Antrag abgestimmt wird, durch den auf den Reichsarbeitsminister eingewirkt werden soll, daß er den Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie nicht für verbindlich erklärt.

Dieser Antrag wird ohne Zweifel angenommen werden. Dann erfolgt die Abstimmung über den von den Regierungsparteien eingebrachten Antrag, der den Uebergang zur Tagesordnung verlangt und so alle Mißtrauensvoeten erledigt. Im Reichstag herrscht jetzt allgemein die Ansicht vor, daß dieser Antrag angenommen und

das Reichsparlament dann bis zum Anfang Dezember verlagert wird. Inzwischen werden die Ausschüsse arbeiten.

103 Anklagen gegen 23 Naziabgeordnete

Münchener führt den Verleumderrchor

24 Anklagen gegen den Narben-, Pastor / Goebbels mit 14 Anklagen Drifter

Die interessanteste Drucksache, die dem Reichstag bisher zugegangen ist, ist zweifellos die Drucksache Nr. 87. Sie enthält einen Antrag der Nationalsozialisten auf Einsetzung von Strafverfahren gegen 23 Mitglieder der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die in nicht weniger als 103 Fällen angeklagt sind. Es sind Anklagen wegen Verleumdung, Vergehens gegen das Republikshuldengesetz, Vergehens gegen das Pressegesetz, Körperverletzung, Verlebens gegen die Staatsgewalt, unbesetzter Eitelkeit, Verleumdung der Reichsfarben und Religionsvergehen.

An der Spitze steht Pfarrer Münchener, gegen den nicht weniger als 24 Strafverfahren schweben. Ihm folgt der nationalsozialistische Gauleiter Koch, Königsberg, der 21mal wegen Verleumdung verfolgt wird. Gegen Dr. Goebbels schweben 14 Anklagen, und zwar wegen Verleumdung, Vergehens gegen das Republikshuldengesetz und Beschimpfung der Reichsfarben. Ihm folgt der frühere Lehrer Wagner aus Bochum, gegen den noch 13 Anklagen anhängig sind. Herr Feder, der große Aktienbesitzer, der gleichzeitig für die Abschaffung der Zinsknechtschaft eintritt, hat 10 Anklagen, darunter eine wegen Religionsvergehens. Weitere Anklagen sind anhängig gegen die Abgeordneten Buch (6 Anklagen), Dr. Fabricius (1 Anklage), Illisch (1), Florian (2), Gering (2), Hoffe (1), Sinek (1), Krause-Dippenstein (1), Ley (1), Dr. Popelmann (1), Dr. Meyer-Weisfallen (2), Oberländer (1), Schmeer (1), Schulz-Stettin (1), Sprenger (1), von Ulrich (1), Willkens (1), Dreber (3).

Nichts ist so sehr geeignet, die Nationalsozialisten als eine Gruppe von Verleumdern und Lügner zu erkennen, als diese Aufstellung, für die man ihnen nur danken kann. Da alle Klagen seit längerer Zeit anhängig sind, die Verleumdungen in einer Zeit begangen wurden, in der die Nationalsozialisten zum größten Teil die Immunität als Reichstagsabgeordnete noch nicht bejahen und Bestrafungen für ihre Verleumdungen erwarten mußten, so wird man ihnen wohl nicht Unrecht tun, wenn man von der Annahme ausgeht, daß sie sich damals noch einige Zurückhaltung im Klagen und Verleumdern auferlegt haben. Wie wird das aber erst jetzt werden, da diese Gesellschaft nach dem Ausdruck von Goebbels nur in den Reichstag gegangen ist, weil man Dämonen erlöst, eine Freischißkarte besitzt und unter dem Schutz der Immunität drauflos schimpfen und lügen kann.

Will der Reichstag unter diesen Umständen bei seiner bisherigen Praxis der Einstellung der Verfahren während der Dauer der Sitzungspause bleiben, so würde das einen Freibrief für Verleumdungen durch Nationalsozialisten bedeuten. Das ist aber auf keinen Fall mit dem Sinn der Immunität vereinbar.

Die Programmdebatte

SpD. Berlin, 17. Oktober.

Am Freitag entwickelte sich in diesem mit Spannungen geladenen und von politischen Leidenschaft durchdrungenen Reichstag die erste große politische Aussprache. Raum Stühnen tobte der rednerische Kampf. Zeitweise, zumal während der Rede des Nationalsozialisten Strasser, schien sich das Parlament in eine Wahlversammlung zu verwandeln. So dröhnte der Beifall der Nationalsozialisten über jede hohle Phrase. Manchmal unterbrach der Lärm minutenlang die Redner. Dennoch gelang es der SPD, sich in ihrer vollen Höhe entwickelten Präzisionsfertigkeit zu betonen, die Erregungen immer wieder zu bannen.

Erster Gegenstand der Beratungen war der Entwurf eines Schuldenentlastungsgesetzes.

Dieser Gesetzentwurf will die ordnungsmäßige Tilgung des größten Teiles der schwebenden Schulden und in ihrem Rahmen auch die Abdeckung des jetzt aufzunehmenden Ueberbrückungskredits. Gegen diesen Gesetzentwurf sprachen der Kommunist Neubauer, der Nationalsozialist Feder und der deutschnationale Abgeordnete Dr. Quack.

Der Reichsfinanzminister verteidigte seinen Gesetzentwurf und gab zugleich eine Aufstellung des Entschens der schwebenden Schulden. Von den Mehrausgaben in diesem Jahre seien 200 Millionen Mark für die Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenversicherung und 100 Millionen mehr für die Arbeitslosenversicherung.

Die Reichsregierung rechne im Winter mit 2,6 Millionen Hauptunterstützungsempfängern und 700 000 Arbeitslosenverpflichteten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Keil rief dem paritätischen deutschnationalen Abgeordneten Dr. Quack ins Gedächtnis, daß die deutschnationalen vom Jahre 1924 bis 1928 an der Spitze der Schuldensicherung standen. Als 1928 der Bürgerblock zurückgetreten sei, habe der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Dr. Hilferding eine finanzielle Fehlbetrag vorgefunden. Alle Betriebsmittel des Reiches seien aufgezehrt gewesen.

Das abgehobene Bankkonto des Abgeordneten Feder

Während dieser Aussprache über das wichtige Schuldenentlastungsgesetz wurde eine Einziehung an dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Feder, dem Finanzsachverständigen seiner Fraktion, vollzogen.

Feder und seine Bedeutung ist im Verhältnis zu den großen Fragen des Tages sehr gering. Immerhin ist der Vorfall, bezeichnend für die Verlogenheit nationalsozialistischer Politik. Dieser Dr. Feder ist einer der Hauptvertreter des Kampfes gegen die Inflation und die Verleumdungen der Sozialdemokratie und anderer sozialer Parteien. Nun wurde in dieser Reichstagsitzung aus amtlichen Protokollen festgestellt, daß

Dr. Feder am 8. November 1923 bei dem Münchener Bankhaus Schneider sein Guthaben in Sicherheit bringen wollte. Wenige Stunden später war derselbe Dr. Feder Finanzminister der kurzlebigen Dritsregierung Adolf Hitler. In dieser Eigenschaft hat Dr. Feder, nachdem er eben einvernehmlich in dem Reichstag seine Freischißkarte erhalten, verfügt, daß jede Verschlebung oder Veränderung des Vermögensbestandes schwer bestraft werde. Dr. Feder ludte sich damit herauszureden, daß seine Papiere wertlos gewesen seien. Damit führte aber Keil den Nachweis, daß am 15. November 1923 das Bankhaus die Papiere Dr. Feders mit 400 000 Goldmark bewertet habe.

Feder hand also unter gewaltiger Erregung des ganzen Reichstags als Lügner vor dem Hause. Dieser Vorhänger

Copyright 1930 by Verlag J. S. W. Diez Nachf., EmbS., Berlin.

Sodeskampfs der Freiheit

Von Pietro Nenni

[11] Dann wird es still. Bissolati erscheint auf der Bühne, umgeben von Heimkehrern mit Kriegsmützen und mit Kriegswunden. Weisfall wird laut, dann Pfeifen. Von einer Seite wird gefolgt: „Es lebe der Friede!“

„Es lebe Dalmatien!“ rufen die andern. Die Mussolinianer, die ihren Führer umgeben, sind wutentbrannt. Sie ziehen sich in eine Loge zurück, vor deren Eingang Bewaffnete Wache halten. Sie sind fest entschlossen, die Rede zu vereiteln. Mussolini beugt seinen glotzhaften Kopf in den Saal und brüllt: „Er soll nicht reden, er soll nicht reden!“

Erst nach einer halben Stunde ist ein Augenblick, wenn nicht der Ruhe, so doch verminderten Tobens zu erlangen. Bissolati spricht. Aber die Unruhe läßt seine Worte nur wenig verständlich werden. Er sagt, daß der Krieg für Italien nur dann eine Quelle der Kraft und des Prestige sein kann, wenn Italien gerecht ist. Er erkennt das Recht Jimenes als italienische Stadt an, aber er bestreitet, daß Dalmatien italienischer Boden sei, und rät von der Annexion Südtirols ab. Jeder Satz wird durch Zwischenrufe und Beifall unterbrochen. Zeitweilig hört man die Stimme des Redners gar nicht. Jetzt spricht er von der gewaltigen Aufgabe des Völkerbundes, wie ihn Wilson eben entworfen hat. Er spricht von der Notwendigkeit, mit den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie ein Verhältnis der Solidarität herzustellen. Den Hunger nach Gleichheit, nach Frieden, den die Soldaten aus den Schützengräben nach Hause gebracht haben, kleidet er maßvoll in Worte. Er spricht von dem Recht der großen Masse, die Anspruch erhebt, sich ein neues Leben zu schaffen, frei von dem Alpdruck künftiger Kriege.

Jetzt verlieren sich seine Worte im wüsten Lärm. Die ganze Halle scheint losgeworden. Schmahworte faulen auf

den Redner nieder: „Verkauft, Verräter, Kroat!“ Nationalisten, Futuristen, Mussolinianer brüllen alle zusammen. Der Redner muß von der Tribüne abtreten. Beim Räumen des Saales entsetzt ein ungeheurer Wirrwarr. In den Korridoren kommt es wiederholt zum Handgemenge. Draußen bilden sich im Dunkel der Nacht Demonstrationzüge, die unter den Klängen von Kriegsliedern in die Galerie strömen. Vor den Cafés werden Versammlungen improvisiert.

Von nun an ist die Generation derer, die am Kriege teilgenommen haben, in zwei Lager gespalten.

Nunmehr macht sich die nationalsozialistische Dummheit breit. Unter dem Vorwand, den Sieg zu verteidigen, trägt man den Geist des Krieges in den Frieden hinein. Wenn man gestern gerufen hatte: „Es lebe Triest!“, so heißt man heute: „Es lebe Dalmatien!“ Gestern war der Feind das österreichische Kaiserreich, heute ist es Jugoslawien. Man spricht Feuer gegen Frankreich, gegen England, gegen Wilson. Man beschuldigt die ganze Welt einer Verschwörung gegen Italien. Man stellt das Land als das Opfer eines großen internationalen Betruges dar. Eine Art Tollheit bemächtigt sich dieser Minorität, die die Macht des Geldes und der sozialen Stellung auf ihrer Seite hat.

Annunzio ist der Prophet dieser Minorität, zu der sich in Massen Abenteurer gesellen, deren jedes arme und über-völkerte Land so viele hat.

Die Armee fließt täglich ihre improvisierten Offiziere ab, denen man nichts mitgibt als eine spärliche Ausbildung. Sie bilden eine besondere soziale Gruppe. Der Krieg hatte sie als halbe Kinder an sich gerissen. Es waren Studenten, Angestellte, Söhne von Bauern oder kleinen Kaufleuten, nun des Studiums entweiht, der Arbeit entfremdet. Im Felde haben sich viele von ihnen sehr tapfer gehalten. Sie sind daran gewöhnt, zu befehlen, und möchten bei dieser Gewohnheit bleiben. Vielen erscheint es als eine Demütigung, eine Stellung anzunehmen. Mit der Büroarbeit können sie sich nicht befreunden, und sie reden sich gern ein, daß die Gesellschaft ihnen gegenüber eine dauernde Verpflichtung übernommen habe. Sie wollen nicht zurück in die heimlichen Dörfer, zum gleichmäßigen, unscheinbaren Tagewerk. Die große Stadt zieht sie an.

Sie sind vom ersten Augenblick an die natürlichen Rekruten des nationalsozialistischen Abenteurers und werden morgen die des faschistischen Abenteurers sein.

Wie die übrigen Länder Europas mußte auch Italien seinen Tribut sozialer Unruhe dem Verbrechen des Krieges entrichten.

Auf der einen Seite hatten wir ein Proletariat, das die Schaustellung der Orgien und des Luxus der neuen Reichen erblickte und das den Sturm des Aufstandes fühlte, der vom Osten über ganz Europa ausging.

Ihm gegenüber stand ein Bürgertum, das ohne irgendwelchen Kraftaufwand ungeheure Geldsummen aufgeschüßelt hatte und doch keineswegs den weiten Blick eines wirklich neuen Wege gehenden Unternehmers besaß, ein Bürgertum, das im Kriege dem Heere Stiefel mit Pappsohlen und Kugeln aus Blech geliefert hatte und sich jetzt der Börse zuwendete, wo es mit derselben Leichtigkeit wie bei den Staatslieferungen verdienen wollte.

Zwischen beiden die Intellektuellen und das ländliche Kleinbürgertum, die zusammen fünfzig Jahre lang das Gerüst des Staates gebildet, der Regierung niemals Schwierigkeiten gemacht hatten, als ein unerlöschliches Reservoir der Ordnung und des Gleichgewichts, die aber jetzt an einer schweren inneren Krise laborierten. Gerade auf diese Klassen fallen zunächst die Folgen der wirtschaftlichen Krise, die anfängt, auf dem Lande zu lasten. In diesen Klassen werden die Rückschläge der Verhandlungen von Versailles am schwersten empfunden, in ihrer Nichtachtung jeder Gerechtigkeit. Schließlich sind es diese Klassen im Verein mit der Vorhut des Proletariats, in denen die idealistische Philosophie und die Theorie der Gewalt Boden fassen.

Und der Staat? Und die Regierung? Und das Parlament?

Während der Krieg alles verändert und umgestürzt hat, ist der Staat in seiner konkreten Form, das heißt in seinem bürokratischen Apparat, der gleiche geblieben und bewegt sich weiter in den angewohnten Gleisen. Er kennt keine Eile. Auch das Parlament begnügt sich mit ewigen Diskussionen, bei denen veraltete oder abstrakte Programme zutage treten. Die Regierung gibt sich Mühe, zwischen den Parteien zu

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:
Die erste Redeschlacht im neuen Reichstag. — Heute entscheidende Abstimmungen.
103 Anklagen gegen 23 Naziabgeordnete.
Neuer Kurs in Bayern?
Mehreheit für Nationalab.
Tagesbericht:
Morgen wählt das Landgebiet.
Was gibt Neues im Hauptbahnhof?
Die Wertekammer hat Zeit.
Kunst und Wissenschaft:
Ein oberflächlicher Trost?
Aus aller Welt:
Stimmverhältnisse an der französischen Westküste.
Film und Funk: Die verhasste Emelka.

lavorieren. Sie ergreift nie die Initiative, sie führt nicht, kaum daß sie nachkommt. Da die Parteien der Mehrheit in allen wichtigen Problemen uneins sind, wendet man die Methode an, jede Entscheidung zu vertagen.

Das im Jahre 1912 gewählte Parlament ist kaum noch ein schwacher Abglanz des Landes. In ihm wird ohne Ende geredet über alles und nichts, Allweibergewisch, wie Lassalle vom Preußen-Landtag unter der Bismarckschen Front sagte.

Am 20. Juni 1919 wird das Ministerium Orlando gestürzt, und Mussolini übernimmt die Nachfolge. Er ist einer der jüngeren parlamentarischen Führer, der in bezug auf die Organisation des Staates und vor allem auf die Organisation des Friedens ein klares und klares Programm hat. Aber er muß mit einer Mehrheit rechnen, der sowohl Zusammenhalt als auch Mut fehlt, und mit einer außerordentlich schwierigen Lage. Kaum hat er die Nachfolge Orlandos angetreten, als schon die nationalsozialistische Partei und in Mailand von Mussolini gegründeten „Fasci“ gegen ihn Stellung nehmen. Unter der Führung d'Annunzios nimmt die Agitation für Frieme und Dalmatien immer schärfere Formen an. In den großen Städten finden Versammlungen und Umzüge statt, und man beschuldigt den Premierminister, der Liquidator des Sieges zu sein, er erwidert in die Unterhandlung eingreifen kann. Dies ist der Empfang von der rechten Seite.

(Fortsetzung folgt.)